

Fachbereich: Abteilung III - Finanzen

Sachbearbeiter: Stefanie Vincon

DSNR: XI-2021-1155

Antragsteller: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antrag

**Resolution: Sicherung der Kommunalen Selbstverwaltung – volle Kompensation der Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Beratungsfolge:

Gremium	Am	Status
Haupt - und Finanzausschuss	28.01.2021	vorberatend
Gemeindevertretung	02.02.2021	beschließend

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Cölbe beschließt die folgende Resolution:

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen negativen wirtschaftlichen Entwicklungen führen im laufenden Jahr zu drastischen Einbußen der hessischen Kommunen durch sinkende Gewerbesteuerzahlungen ihrer ansässigen Betriebe. Die daraus resultierenden Haushaltsdefizite müssen insbesondere durch den Verzicht auf wichtige kommunale Infrastrukturinvestitionen ausgeglichen werden.

Gleichzeitig hat das Land Hessen versprochen, gemeinsam mit dem Bund und einem Betrag von insgesamt mehr als 1,2 Milliarden die Corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle zu kompensieren. Die Gemeinde Cölbe erhält als Ausgleich lediglich einen Betrag von 355.082 EUR. Damit wird gerade einmal ein Drittel des für das Jahr 2020 erwarteten Minderaufkommens bei der Gewerbesteuer ausgeglichen. Diese finanzielle Entwicklung wird zur Folge haben, dass die Gemeinde Cölbe die für die Verbesserung der Klimasituation und zur Bewältigung der Corona-Auswirkungen erforderlichen Maßnahmen nicht durchführen kann.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Cölbe fordert das Land Hessen daher auf, den vollen Ausgleich des Corona-bedingten Gewerbesteuerausfalls für das Jahr 2020 zu leisten.

Begründung:

Die Gemeinde Cölbe hat über Jahre eine solide Haushaltswirtschaft betrieben und darüber hinaus auch den kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen nicht in Anspruch genommen. Die Gewerbesteuereinnahmen machen in Cölbe einen wesentlichen Anteil an der Finanzierung der kommunalen Aufgaben aus. Gerade in der jetzigen Krise zeigt sich die Notwendigkeit einer soliden und zukunftssicheren Gemeindefinanzierung:

1. In den Kommunen werden zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen getätigt.

2. Die Kommunen sind die Garanten für die Daseinsvorsorge, deren elementare Bedeutung sich in der Corona-Krise offenbart hat.
3. Die Bewältigung der Corona-Krise entscheidet sich ebenfalls in den Kommunen, wo die für die Bürger notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dienstleistungen und Güter bereitgestellt werden.
4. Das Klimaschutzziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, kann nur eingehalten werden, wenn auch in den Kommunen kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Verminderung der CO₂-Emissionen und zur Senkung des Energieverbrauchs eingeleitet werden.

Zur Bewältigung dieser gesellschaftlichen Aufgaben sind hohe finanzielle Mittel erforderlich. **Die Gemeindevertretung Cölbe weist darauf hin, dass das Land Hessen Sorge dafür tragen muss, zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.** Die finanziellen Engpässe sind nicht durch eine ungenügende Finanzwirtschaft der Gemeinde entstanden, sondern sind eine Folge der negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Den Kommunen wurden überdies durch den Gesetzgeber im Gegensatz zum Bund oder zu den Ländern keine anderen Möglichkeiten an die Hand gegeben, eigene Einnahmen zu generieren.

Ziel und Gesamtkosten bei Projekten, Kostendeckungsgrad, Deckung:

./.

Maßnahme wurde auf Förderfähigkeit geprüft:

./.

Anlagen:

1. Antrag GRÜNE Resolution Corona-bedingte Gewerbesteuerausfälle

Beteiligte:

Antragsteller